

verschiedenen Branchen.¹ Auch wenn sich in St. Ingbert am 1. Juli 1945 die Einheitsgewerkschaft gründete, entwickelte sich erst nach dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik eine stabile Einheitsgewerkschaft. Dies ist nicht nur mit der Zulassung christlicher Gewerkschaften im August 1947 zu erklären, sondern auch mit einer Zersplitterung quer durch das christliche Lager sowie vor allem quer durch die Einheitsgewerkschaft in eine prodeutsche und eine autonomistische Richtung.²

Die gewerkschaftliche Spitze setzte sich wie die politische Elite im Saarland nach 1945 in hohem Maß aus Remigranten und erfahrenen Gewerkschaftern zusammen, die bereits in der Völkerbundszeit maßgebliche Positionen begleitet hatten, wie Jakob Müller oder Jakob Frank. Der Vorsitzende der Einheitsgewerkschaft Heinrich Wacker war als ehemaliger Geschäftsführer des Deutschen Werkmeisterverbandes 1933 nach Hitlers Machtergreifung ins Saargebiet gekommen, um sich vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu schützen. Nach der Rückgliederung an NS-Deutschland emigrierte er nach Frankreich. Auch Wackers Stellvertreter Eduard Welter war Remigrant. 1935 verhaftete ihn die Gestapo, er floh nach Frankreich und lebte u.a. in Paris und St. Etienne.³ Die Exilerfahrung vieler Gewerkschafter wie ihre Prägung in der französischen Résistance bestärkten sie in ihrer Überzeugung von der Einheitsgewerkschaft. Zur Wahrung der Demokratie galt es gewerkschaftliche Macht einheitlich zu vertreten und statt Richtungsgewerkschaften eine starke Einheitsgewerkschaft aufzubauen.

Ein weiterer Unterschied in Aufbau und Struktur ist ein geringerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad und auch eine im Vergleich zu den Gewerkschaften im Deutschen Reich und zur Bundesrepublik deutlich geringere Professionalität in der Gewerkschaftsarbeit. Sie sind auf die jeweils besondere Situation nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zurückzuführen, zugleich erklärt diese besondere politische Rahmenbedingung des Saarlandes einen weiteren Unterschied: Die saarländischen Gewerkschaften zersplitterten sich jeweils in eine politische Richtung, die 1935 für oder gegen den Status Quo votierte bzw. nach 1945 die politische Sondersituation einer halbautonomen Saarregierung und einer Wirtschaftsunion mit Frankreich akzeptierte oder stattdessen die Saar als Teil der Bundesrepublik sehen wollte. Auch wenn die Mitgliederzahlen für das Saarrevier beeindruckend mögen, so ist zu bedenken, dass die Zahlenangaben auf Schätzungen, mündlicher Überlieferung oder Presseangaben beruhen. So soll der Industrieverband (IV) Metall 1955 über 17.000 Mitglieder verfügt haben und der IV Bergbau über 45.000. Diesen vergleichs-

¹ Vgl. dazu ausführlich Hans-Christian Herrmann, Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945-1955. Saarbrücken 1996, S. 298-311.

² Ebd., S. 346ff.

³ Ebd., S. 524-526.